

## AKTIV FÜR LICHTENBERG

unsere nächsten Termine:

Dienstag, 15. Dezember, 15.00 Uhr  
Weihnachtsfeier der AG 60 plus  
in der AWO, Margaretenstraße

Freitag, 8. Januar, 18.30 Uhr  
Neujahrsempfang der SPD Lichtenberg  
im Hotel Kolombus,  
Genslerstraße

Am Freitag, 15. Januar 2010 findet die inzwischen traditionelle Nacht der Politik unter dem Motto "Gemeinsam leben in Lichtenberg" im Rathaus Lichtenberg statt. Ab 19.00 Uhr stehen auch die Räume der Fraktionen und die Büros der Bezirksstadträte offen. Die Mitglieder der SPD-Fraktion sowie unsere sozialdemokratischen Bezirksstadträte Andreas Geisel und Kerstin Beurich freuen sich auf Euren Besuch.

\*\*\*\*\*

Wir begrüßen die in den letzten Wochen eingetretenen Neumitglieder und die nach Lichtenberg gezogenen Genossinnen und Genossen. Das sind in den Monaten Juli bis November in den Abteilungen:

- 1: 7 Neumitglieder
- 2: 2 Neumitglieder, 1 Zuzug
- 3: 4 Neumitglieder, 2 Zuzüge
- 4: 7 Neumitglieder, 2 Zuzüge
- 5: 4 Neumitglieder, 3 Zuzüge
- 6: 4 Neumitglieder, 3 Zuzüge

## Zur Frage "Wo steht die SPD?"

Auch wenn viele von uns, ohne es auszusprechen, mit einem schlechten Abschneiden der SPD bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 2009 gerechnet haben, sind wir doch vom Ausmaß der Niederlage überrascht und getroffen. Schaut man sich die Wahlergebnisse der SPD auf Bundesebene über die letzten 11 Jahre an, wird ein Substanzverlust von historischem Ausmaß deutlich.

Bei den Bundestagswahlen 1990 gewann die SPD 15,5 Mio. Zweitstimmen. 1994 waren es schon 17,1 Mio., was schließlich 1998 in den Sieg der SPD mit 21,5 Mio. Zweitstimmen mündete und die SPD zum ersten Mal seit 1972 zur stärksten Fraktion im Bundestag machte.


Man kann sagen, dass die 90er Jahre durch einen Aufwärtstrend für die SPD gekennzeichnet waren. Die ersten 10 Jahre des neuen Jahrtausends kehrten diesen Trend jedoch um. Was anfangs noch als ein zu erwartender, auf die Übernahme der Regierungsverantwortung folgender Rückgang der Zustimmung in der Bevölkerung gedeutet werden konnte, hat sich nun offensichtlich zu einem andauernden Verfall der Sozialdemokratie entwickelt. Es mag einzelne schwerwiegende Punkte wie die Hartz-IV-Gesetzgebung, die Einführung der Rente mit 67 und den Bruch des Wahlversprechens im Hinblick auf die Mehrwertsteuer geben, die Teile dieser Erosion erklären, doch die Ursachen dafür gehen weitaus tiefer, als dass sie sich ausschließlich an symptomatischen Einzelpunkten festmachen ließen.

1. Die SPD gewann 1998 und 2002 Wahlen, indem sie die Mitte der Gesellschaft ansprach und für sich einnahm. Mitte meint dabei nicht ausschließlich die mittlere Position in einem politischen Kontinuum von links nach rechts, sondern auch einen normativen Durchschnitt im Sinne vieler anderer Faktoren wie allgemeiner Werte und Einstellungen,

Einkommens- und Wohlstandsniveaus und Lebensbedingungen. Mit anderen Worten, der sozialdemokratische Wahlsieg resultierte aus der Wahlentscheidung des normalen Bürgers, der die Basis der Gesellschaft bildet, selten zu Extrema neigt und der durch seine Vielzahl und seine Tendenz zur einen oder anderen Richtung letztlich wahlentscheidend wirkt. In Kategorien von Milieus und Lebensstilen gesprochen, konnte die SPD auch die Progressiven und Kreativen auf ihre Seite ziehen. Es war „hipp“, sozialdemokratisch zu wählen, weil sich mit dieser Partei nach 16 Jahren konservativer Regierung offensichtlich der Wind des Fortschritts verbunden hatte.

Auf dem für den Sieg notwendigen Weg in die Breite der Gesellschaft ist der SPD aber durch kommunikative und inhaltliche Fehler ein Großteil ihrer Stammwählerschaft im linken Bereich des für eine Volkspartei notwendigerweise breiten Wählerspektrums abhanden gekommen. Wir haben es nicht geschafft, den Spagat zwischen den Gruppen und Milieus einer kompletten Hälfte der Gesellschaft zu leisten, von den Benachteiligten und Schwächeren der Gesellschaft bis hin zu den Leistungsträgern. Für beide müssen wir aber eine attraktive Programmatik anbieten und Glaubwürdigkeit ausstrahlen, um ihr Vertrauen zu gewinnen.

Gleichzeitig schneidet uns die Union mit einer in weiten Teilen sozialdemokratisch zu nennenden Politik zunehmend Potentiale in der Mitte ab. Die Modernisierung der Familienpolitik, eine aufgeschlossenerere Integrationspolitik, die Akzeptanz moderner Formen des Zusammenlebens wie gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle und natürlich auch das Besetzen ehemals vorwiegend grüner Positionen machen die Union auch für junge und städtische Wähler zu-

 Fortsetzung auf Seite 2

## Zur Frage "Wo steht die SPD?" - Fortsetzung

nehmend attraktiv. Zudem war der sozialdemokratische Anteil an den diesbezüglichen Reformen der Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode für die breite Öffentlichkeit zu wenig sichtbar. Angela Merkel betreibt eine pragmatische, wenig Angriffsflächen bietende Politik des Ausgleichs, die von breiten Teilen der Gesellschaft getragen wird. Sie hält erfolgreich die Ultrakonservativen in den Reihen der Union in Schach und wird versuchen, dies auch in einer schwarz-gelben Regierung mit der FDP fortzusetzen, um SPD und Linkspartei keine Wähler zuzutreiben. Es wird nicht ausreichen, auf den „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ zu hoffen. Gemeinsam mit der zunehmenden Zahl von Nichtwählern schnüren diese Entwicklungen der SPD die Luft ab.

Hinzu kommt, dass sich die klassischen gesellschaftlichen Milieus, aus denen sich die Wählerschaft der SPD früher rekrutierte, immer weiter auflösen. Der Wandel von der Industriegesellschaft in die postindustrielle Wissensgesellschaft wirkt sich deutlich auf die Wählerschaft der SPD aus. In einer Stadt wie Berlin, in der nur noch in geringem Maße Industriestrukturen vorhanden sind, gibt es kaum noch eine homogene, zahlreiche und organisierte Arbeiter- und Facharbeiterschaft. Stattdessen kennzeichnen heute eher Informationsarbeiter, Selbständige, Kleinunternehmer und qualifizierte Angestellte, aber eben auch eine Vielzahl von Menschen ohne Arbeitseinkommen das sozio-ökonomische Gefüge dieser Stadt. Für diese Gruppen scheint die SPD nicht attraktiv genug zu sein. Wir müssen in Zukunft Antworten auf die jeweiligen

Lebensfragen bereithalten, wenn wir nicht dauerhaft die Herzen und Stimmen an andere Parteien verlieren wollen, die eine bestimmte Klientelpolitik betreiben. Zugegeben eine schwierige Aufgabe für eine Volkspartei, die sich dem Anspruch stellt, statt ausgewählten Gruppen einem breiten Spektrum der Gesellschaft zu dienen.

2. Seit ihrer Gründung war die SPD immer die Partei des Fortschrittes – von dem Druck, der Bismarck dazu veranlasste, die Grundpfeiler des modernen deutschen Sozialstaates zu legen, über den vierzig Jahre währenden Kampf um das letztendlich 1918/19 eingeführte Frauenwahlrecht bis hin zu den Errungenschaften des Mitbestimmungs- und Tarifrechts, um nur einige Erfolge der Sozialdemokratie zu nennen.

Auch auf wissenschaftlich-technischem Gebiet umwehte gerade die SPD immer der Geist des Fortschritts gegen konservative Strömungen, die das Bewahren in den Vordergrund stellten. Obwohl dazu auch Irrwege wie die vehemente Unterstützung der Atomenergie bis Anfang der 80er Jahre gehörten – so sah Willy Brandt in ihr 1973 einen Weg aus der ersten Ölkrise –, fand sich die SPD doch immer in einer progressiven Haltung, für die wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt erstrebenswert war. Heute ist das umgekehrt – in der Öffentlichkeit erscheinen wir als Bewahrer, während sich das bürgerliche Lager als Motor des Fortschrittes geriert. Die SPD leidet an einer latenten Feindseligkeit gegenüber dem wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt, obwohl gerade durch ihn neue Arbeitsplätze im Sinne unserer gesellschaftlichen

Ziele entstehen, wie am Beispiel der regenerativen Energien gut zu sehen ist.

3. Für die SPD stellt sich nach diesen Erkenntnissen die grundsätzliche Frage, welche gesellschaftlichen Milieus sie in Zukunft vertreten möchte und mit welchen Themen das verlorene Vertrauen wiedergewonnen werden kann.

Dazu ist eine unverkrampfte Haltung zur Linkspartei notwendig, die auch ohne den Ausschluss von Koalitionsoptionen auskommt und sich nicht dadurch in selbstgestellte strategische Fallen manövriert.

Hinreichend ist dies allerdings nicht, ebenso wenig wie eine ausschließliche Übernahme linkspopulistischer Positionen. Ein derartiges Hase-und-Igel-Spiel können wir nicht gewinnen. Egal was wir tun, es wird immer eine noch populistischere, noch extremere Forderung geben, der wir hinterherlaufen müssten. Am Ende würde sich die SPD selbst überflüssig machen. Stattdessen ist eine gesunde sozialdemokratische Politik notwendig, die mit der Linkspartei Schnittmengen hat, aber selbstbewusst für einen konstruktiven und eigenständigen Weg eintritt, mit dem wir alle Bereiche der Gesellschaft erreichen können.

Voraussetzung für diesen Weg ist ein Neuanfang, der nicht auf dem Diktum eines kleinen Machtzirkels an der Spitze der Partei beruht, sondern durch eine von der breiten Basis getragene inhaltliche Debatte bestimmt wird. Dazu können wir unseren Teil beitragen. Also packen wir es an!

Gregor Költzsch

## „Eine mächtige Flamme entsteht aus einem winzigen Funken“


Was ist Politik? Politik ist alles, was mit der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu tun hat. Warum machen wir Politik? Weil wir an der Gestaltung des öffentlichen Lebens aktiv mitwirken wollen. Und warum machen wir in der SPD Politik? Weil wir glauben, dass die Gestaltung des öffentlichen Lebens bestimmten Grundsätzen folgen sollte: Der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Von diesen

Sätzen können sich vermutlich alle Mitglieder der SPD Lichtenberg leiten lassen. Wie aber hängt das alles mit der Wahlniederlage vom 27. September zusammen?

Wir haben einen guten Wahlkampf geführt. All jenen, die sich engagiert haben, gebührt Lob und Dank. Es lag nicht an uns, dass die SPD in Lichtenberg ein so schlechtes Ergebnis eingefahren hat, das Erststimmener-

gebnis beweist es: Wenn unser Kandidat eine unbekannte, nicht präsente CDU-Kandidatin nur marginal schlägt, hat das mit dem Bundestrend zu tun, nicht mit unserem Wahlkampf.

Dennoch gibt es Dinge, die kritisiert und offen angesprochen werden müssen. Das ist passiert. Allerdings wur-

 Fortsetzung auf Seite 3

## „Eine mächtige Flamme entsteht aus einem winzigen Funken“ - Fortsetzung

de die konstruktive Kritik, die viele Genossinnen und Genossen nach der Wahl geäußert haben, in einer Weise aufgenommen, die uns überrascht. Gerade im Wahlkampf stehen die Genossinnen und Genossen mit einem öffentlichen oder Parteimandat in einer besonderen Verantwortung. Sie haben das Wissen und die Erfahrung, ohne die die jüngeren Genossinnen und Genossen keinen guten Wahlkampf führen können. Ohne sie geht es nicht, und die Partei kann von ihren Mandatsträgern erwarten, dass sie dieser Verantwortung gerecht werden. Diejenigen, die daraus einen Gegensatz zwischen Alt und Jung machen wollen, versündigen sich am solidarischen Miteinander in dieser Partei. Die Trennlinien in dieser Partei verlaufen nicht zwischen Alt und Jung. Sie verlaufen auch nicht zwischen Links und Rechts, nicht zwischen Funktionären und einfachen Parteimitgliedern. Sondern zwischen denen, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Partei einsetzen, und denjenigen, die weder offen für Verbesserungsvorschläge noch für Kritik sind und meinen, auch nach der Wahl könnten wir weitermachen wie bisher.

Im Kern geht es darum: Wir wollen als Partei an der Gestaltung des öffentlichen Lebens mitwirken – mit Betonung auf dem Wort „Partei“. Deswegen sind wir – die Autoren – der SPD beigetreten. Dieser Satz schließt aber auch ein, dass es so et-

was wie eine Parteiräson gibt: Was zählt ist, was gut ist für die Partei. Was aber gut ist für die Partei, sollte letztendlich unbedingt gut sein für das öffentliche Leben. Und wenn ein Amt in unserer Partei zu besetzen ist oder ein Mandat, sollte nicht die Machtfrage entscheidend sein, sondern Eignung und Leistung. Diese Eignung lässt sich letztendlich nur über Inhalte und Kompetenzen ausmachen, nicht über Namen oder andere Attribute. Deswegen muss sie auch immer wieder neu diskutiert und hinterfragt werden und hinterfragt werden dürfen, ohne dass es persönlich wird. Frage nicht, was die Partei für dich tun kann, sondern frage, was du für die Partei tun kannst – das sollte die Handlungsmaxime für uns alle sein. Wenn wir uns einig sind, dass der beste für den Job nicht derjenige ist, der am lautesten schreit, sondern der, der am besten dafür qualifiziert ist (und der sich vielleicht gar nicht aufdrängt), dann sind wir einen großen Schritt weiter. Dann wären wir wieder glaubwürdig, und dann würden wir auch wieder gewählt.

Die Frage, was Politik ist, lässt sich natürlich auch anders beantworten: Politik ist die Organisation von Mehrheiten. Das ist wahr. Allerdings hätten wir es bei unserem Eintritt nicht für möglich gehalten, dass die SPD eine Partei sein könnte, die sich sogar auf kommunaler Ebene über das Machtprinzip definiert. Wir sollten

miteinander reden, diskutieren und auch streiten. „Streite dich mit mir, und ich merke, dass du mich ernst nimmst.“ Wir sollten in anders denkenden Genossinnen und Genossen nichts Böses sehen, sondern mit ihnen reden und streiten. Auf dass die bessere Meinung gewinne. Letztendlich sollten in der Politik immer die Inhalte zählen. Über diese lohnt es sich zu streiten, nicht über Menschen und nicht über die Flügel. Doch sollten wir diese Streitigkeiten zulassen und den Menschen zuhören. Nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, auch jeder Genossin und jedem Genossen sollten wir zuhören. Lasst uns eine lebendige Partei sein. welche sich lebendig streitet, sich lebendig nach außen präsentiert und vor allem lebendig im Geist der Zeit ist. Lasst uns einig nach außen wirken, sodass die Menschen wieder merken, dass sie in der SPD eine Partei gefunden haben, welche sich einig darüber ist, wie sie die Zukunft gestalten möchte. Aber lasst uns vor allem mutig sein, denn wir haben gute Ideen und wir wissen wie die Zukunft aussehen kann. Lasst uns mutig dafür kämpfen, sodass auch in Lichtenberg aus vielen kleinen Funken der SPD eine mächtige und erkennbare Flamme entsteht. Sodass wir sagen können: „Wer hat diese Flamme entzündet? Die SPD!“

In diesem Sinne: Lebendig, Einig, Mutig

Kevin Hönicke, Henning Fahrenberg

## Das Gesicht der Sozialdemokratie

Wie sieht der Bürger, der Nachbar die SPD? Sah er gestern Franz Müntefering und heute Sigmar Gabriel? Sieht er eine Partei, der er vertraut? Eine Partei, der er die Lösung der Probleme, die ihn wirklich bewegen, zutraut?

Und wie sehen wir uns selbst? Vertrauen wir uns selbst? Ganz allgemein gefragt? Und auch ganz konkret, wenn wir uns selbst anschauen? Sehe ich neben mir den Kämpfer für gemeinsame Belange? Oder eher den, der, wenn man einen Moment unachtsam ist, das eine oder andere Bein stehen lässt, nicht stellt, nein, das würde niemand tun.

Befördern wir uns gegenseitig, weil

wir wissen, dass wir nur gemeinsam gewinnen können? Diskutieren wir miteinander nicht der persönlichen Profilierung willen, sondern verbunden in der gemeinsamen Suche nach Lösungen?

Das Gesicht der Sozialdemokratie das sind wir alle, das ist jeder von uns. Auch darum ging es auf der Klausurtagung Anfang November. Wie gut kennen wir die Bürger, die Nachbarn? Und wie gut kennen sie uns? Wollen wir warten, bis irgendwie irgendwann vielleicht und hoffentlich und möglicherweise die Stimmung dreht und die Sozialdemokratie sich wieder im wärmenden Licht der Sympathie sonnen kann?

Oder machen wir uns selbst auf den Weg? Jeder von uns?! Auf einen Weg, der keine Garantie auf Erfolg hat. Der beschwerlich und steinig ist. Der uns den Bürgern näher bringt. Gehen wir dorthin, wo Menschen sich treffen. In Vereine, Initiativen, Elternvertretungen, Kirchen und und und... Gehen wir dorthin nicht nur einmal, sondern engagieren wir uns verlässlich, d.h. Monate und Jahre. Geben wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht durch Sonntagsreden, sondern durch Taten zu erkennen. Jeden Tag. Jeder und jede von uns.

Birgit Monteiro

## Versuch einer Zustandsbeschreibung

Die Wahl am 27.09.09 hat einen seit langer Zeit schwelenden Konflikt innerhalb der SPD Lichtenberg zum offenen Konflikt werden lassen. Das Ergebnis ist, dass unterschiedliche Meinungen und Ansichten nicht mehr mit Respekt und Fairness geführt werden, sondern Misstrauen und Boshaftigkeit die Diskussionen beherrschen. Das von vielen geforderte Miteinander der Generationen wird bei uns mit Füßen getreten. Es ist scheinbar so, dass ein großer Teil der jüngeren Mitglieder eine Altersgrenze für Kompetenz und Zuständigkeiten einführen will. Wobei das ohne Zweifel vorhandene Rhetorische und Intellektuelle als Mittel zum Zweck eingesetzt wird. Darüber nachzudenken, inwieweit das bei einigen Mitgliedern auf Ablehnung und Unverständnis stößt, wäre eine Anregung wert. Nachdenken sollten

auch unsere älteren Mitglieder. Sie argumentieren sehr oft mit Beiträgen, die nicht der Partei dienen, sondern persönlichen Befindlichkeiten. „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ - diese Aussage wird nach meinen Erkenntnissen von einigen Mitgliedern im Hinblick auf eine Neuordnung in der SPD Lichtenberg sehr intensiv betrieben. Es ist schon erstaunlich, wie Einige versuchen, sich schon jetzt mit sehr fragwürdigen Mitteln in die richtige Position zu bringen. Statt offen um Mandate zu ringen, werden Kungelrunden und Telefonaktionen abgehalten. Diffamierende Äußerungen sowie Herabwürdigung der bisherigen Leistungen gegenüber den Mandatsträgern bilden da keine Ausnahme. Abteilungsvorsitzende sollten sich ausschließlich um ihre Abteilung kümmern, um sie zu stärken, damit die SPD wieder zu

alter Stärke und Kraft zurück findet. Die Abteilungen sind das Rückgrat der Partei; ihnen gilt die ganze Arbeit, um den Fall der SPD in die Bedeutungslosigkeit zu verhindern. Eines sollte allen klar sein: Für Andreas Geisel als SPD-Chef in Lichtenberg gibt es personell auf absehbare Zeit keine Alternative. Wer anderes glaubt, der irrt. Andreas ist fachlich und menschlich ein Parteimitglied, das vielen als Vorbild dienen sollte. Andreas verdient unseren Respekt für seine bisher geleistete Arbeit! Damit er Lichtenberg auch weiterhin erfolgreich voranbringen kann, ist es unbedingt erforderlich, ihm den notwendigen Rückhalt zu geben, um unsere SPD in Lichtenberg wieder stark und meinungsführend zu machen.

Michael Tenz

## Warum dann nicht Vermögensteuer?

Der SPD-Parteitag in Dresden hat eine Reihe von Maßnahmen zum Abbau von Schulden und zur gerechteren Finanzierung von notwendigen Zukunftsaufgaben, wie Finanzierung des Bildungssystems beschlossen. Unter Anderem sprach man sich für die Wiedereinführung der Vermögensteuer aus.

Vermögensteuer? Warum wieder Vermögensteuer?

Die Vermögensteuer wurde in Form der Vermögensabgabe bereits 1952 unter Adenauer eingeführt. 1995 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Gesetz für verfassungswidrig, weil die Höhe der Steuer oder die Tatsache, ob überhaupt Steuer anfiel, wesentlich davon abhing, was für Vermögen man besaß. Immobilien wurden zu einem Bruchteil ihres Wertes berücksichtigt, Bankguthaben zu ihrem vollen Wert.

Das Gericht gab dem Gesetzgeber eine Frist bis zum 31.12.1996, um diese Ungleichheiten aus dem Weg zu räumen. Diese Frist ließ er verstreichen, seitdem wird die Vermögensteuer nicht mehr erhoben. Das Vermögenssteuergesetz wurde aber niemals aufgehoben. Die Hindernisse, die das Bundesverfassungsgericht damals aufgeführt hat, sind inzwi-

schen aus dem Weg geräumt. Das Bewertungsgesetz, welches regelt, zu welchem Wert die einzelnen Vermögen besteuert werden, wurde 2007 und 2008 weitgehend geändert und die Ungleichheiten im Wesentlichen aufgehoben.

Das Bundesverfassungsgericht erhob noch ein weiteres Argument gegen die Vermögensteuer – das der übermäßigen Besteuerung. Auch dieses zieht inzwischen nicht mehr. Die Spitzensteuersätze auf Einkommen sind für Privatpersonen von damals 53 % Einkommensteuer plus 7,5 % Solidaritätszuschlag auf inzwischen auf maximal 45 % plus 5,5 % Solidaritätszuschlag gesunken.

Ist die Vermögensteuer zeitgemäß?

Vermögensabgaben werden in der überwiegenden Zahl der Industriena-tionen erhoben. Deutschland liegt im Vergleich im unteren Bereich. Hemmt diese Steuer die Leistungsträger der Gesellschaft? Hierzu fällt mir ein wunderbarer Beitrag des doch eher konservativen Verfassungsrechtlers und Steuerexperten Paul Kirchhof ein:

„...Die Pointe mitmenschlichen Zusammenlebens sind die Individualität, Vielfalt, Entwicklungsoffenheit der Menschen: die Freiheit. Das Steuerrecht schon diese Freiheit, wenn es

dem Menschen nicht schlicht ein Stück seines Eigentums (seines Gewerbekapitals, Grundbesitzes, Vermögens) nimmt, sondern nur dann maßvoll zugreift, wenn der Steuerpflichtige seine wirtschaftlichen Verhältnisse verbessert hat und er diese Besserstellung auch der Rechts-gemeinschaft verdankt. Wer Einkommen erzielt, nutzt den vom Staat gewährten inneren Frieden, um sicher und gelassen am Markt zu erwerben. Er stützt sich auf das staatlich bereitgestellte Recht, um Verträge zu schließen und durchzusetzen. Er vereinbart seine Preise in der staatlich garantierten Währung, dem Euro. Er produziert und handelt mit Arbeitskräften und Kunden, die in staatlichen Schulen und Hochschulen gut ausgebildet sind...“ (FAZ vom 07.11.2009)

Wenn bei der Wiedereinführung der Steuer soziale Aspekte, wie der Schutz des produktiven Vermögens, besonders der kleinen und mittleren Betriebe, welche Arbeitsplätze schaffen und erhalten, berücksichtigt werden, wird diesem Anspruch auch ein neues, modernes Vermögenssteuergesetz gerecht.

Warum dann nicht Vermögensteuer?

Kathrin Söhnel

## Impulse für das Jahr 2011



Zu Beginn der Tagung am 6.11. im Wannseeforum formulierte Andreas Geisel den Anspruch der zweitägigen Beratungen, den Ansatz zu finden, was wir in den Mittelpunkt unseres Wahlprogramms 2010 stellen und welche Dinge wir auf dem Wege dahin noch nachhaltig anschieben bzw. verändern wollen. Karin Seidel Kalmutzki, Birgit Monteiro und Dr. Andreas Köhler stellten ihre persönliche Arbeit im Abgeordnetenhaus aber auch der SPD-Fraktion im Ganzen vor. Manfred Becker berichtete über die ver-

gangene Arbeit der Fraktion, ergänzt durch eine federführend von Erik Gührs erarbeiteten Aufstellung der BVV-Fraktion, welche Punkte des Wahlprogramms 2006-2011 bereits abgearbeitet werden konnten. Hier wird deutlich, dass vieles im Wahlprogramm Versprochene bereits umgesetzt ist. Kerstin Beurich machte in ihrem Diskussionsbeitrag unter anderem darauf aufmerksam, dass in Lichtenberg in den nächsten fünf Jahren rund 500 Schüler mehr an den Schulen sein werden und wies auf die Herausforderung, die Sekundarschule

erfolgreich einzuführen hin. Hierauf ist der Bezirk gut vorbereitet. Andreas Geisel berichtete darüber, dass mit dem Auszug der DB aus dem ehemaligen Stasi-Gebäude an der Frankfurter Allee ein riesiger Leerstand entstehen würde. Bestehende Gewerbegebiete, für die nachweislich kein Investor gefunden werden kann, sollten künftig in Wohngebiete, beispielsweise für den Eigenheimbau umgewandelt werden. Generell, so Andreas, gehe es darum, uns in den nächsten Jahren Ziele zu setzen, die wir auch umsetzen können und an denen die Bürger erkennen, was unsere Partei in Lichtenberg erreichen will.

Natürlich wurde an diesem Abend auch heiß und teilweise sehr kontrovers über das Wahlergebnis diskutiert und darüber, was man wie unternehmen muss, damit die SPD wieder das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erzielt.

Ich persönlich finde es allerdings schade, das es auch Teilnehmer gab, die zwar am Abend heiß ihre Vorstellungen vortrugen und diskutierten, am Sonnabend allerdings, als es in den Arbeitsgruppen um die konkrete Umsetzung ging, nach dem Frühstück nicht mehr gesehen wurden.

Peter Müller

Foto: Andreas Büchner

## Chancengleichheit durch Bildung

Auf der Klausurtagung hat die AG 1 die Frage behandelt, wie durch ressortübergreifende Voraussetzungen eine gute Bildung von Anfang an gesichert werden kann.

Im Kontext dieser Aufgabenstellung ist die Frage zu beantworten, wie Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen besser zu verknüpfen sind. Welche Möglichkeiten bieten sich durch die integrierte Sekundarschule? Wie entwickeln sich die Bildungsstandorte im Bezirk? Welche Entwicklung ist bei den Privatschulen absehbar? Wie können Jugendarbeit, Gesundheitsförderung und Schulen besser verzahnt werden?

In der Arbeitsgruppe wurde einvernehmlich vereinbart, dass die Aufgabenstellung nur in Zusammenarbeit mit der AG Familie, Jugend, Bildung

und Soziales zu realisieren ist.

Im Rahmen der ersten Arbeitsgruppensitzung erfolgte eine ausführliche Analyse des Ist-Zustandes und ein Ausblick auf die in naher Zukunft anstehenden Veränderungen im Bildungsbereich. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zusammengefasst.

1. Wir wollen einen guten Start für die Sekundarschule, da u.a. die ersten positiven wie negativen Erfahrungen im Jahr 2011 ausgewertet werden.

2. Berlin hat ein großes Problem mit dem Lehrernachwuchs. Es wird zwar ausgebildet, jedoch muss das Land Berlin die jungen Pädagogen ziehen lassen, da die finanziellen Voraussetzungen in anderen Bundesländern attraktiver sind. Der Lehrermangel,

insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern, ist sehr hoch.

3. Die Struktur der Berufsausbildung ist deutlich zu verbessern. Die Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern ist unterdurchschnittlich. Auch sind Probleme in der Berufsausbildung deutlich, z.B. bei der Vermittlung internationaler Standards.

4. Es müssen die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden, wenn eine gute Bildung von Anfang an das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist.

5. Das Thema der sprachlichen Integration muss verstärkt einen Schwerpunkt darstellen.

6. In den nächsten drei Monaten sollen Kontakte zu Schülervertretern, El-



Fortsetzung auf Seite 6

## Chancengleichheit durch Bildung - Fortsetzung

ernvertreter, Lehrer und Kitaleitungen aufgenommen werden, um deren Problemlagen zu erkennen und in den Diskussionsprozeß der Arbeitsgruppe einfließen zu lassen.

7. Eine weiterer kurzfristiger Schwerpunkt der Arbeitsgruppe ist die Sorge um die Reduzierung der

Studentafel für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Im Vergleich zur Studentafel an einer Gesamtschule, wird der naturwissenschaftliche Teil, um zwei Wochenstunden reduziert. Die Fächer, Physik, Chemie und Biologie, bilden eine wichtige Grundlage für eine gute berufliche

Perspektive, besonders in den industriellen und handwerklichen Berufen. Ich möchte mich bei allen Mitstreitern für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken, und alle Mitglieder aufrufen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Dirk Liebe

## Gerechtigkeit vor Ort

Die AG 2 bekam auf der Klausurtagung als Überschrift „Fördern und Fordern“, also das Motto der Hartz-IV-Reformen. Damit war zu Beginn klar, dass einerseits ein Kernthema zur Aufbereitung des Wahldebakels anzusprechen sein wird, andererseits alle Diskutanten mit rhetorisch vermintem Gelände rechnen mussten. Denn oberflächlich ließe sich die Diskussion auch auf die Hartz-IV-Sätze, die Hartz-IV-Bürokratie, die Rente mit 67 usw. zu reduzieren – alles unverzichtbare Themen für die Zukunft unserer Sozialdemokratie – aber für die kommunalpolitischen Konsequenzen aus dem Wahldebakel ist dies nicht genug.

Das Ziel der Gruppe war daher, das recht breit gefasste Thema auf zwei Bereiche zuzuspitzen, in denen konkrete Projekte, Aktionen bzw. Bausteine für das Wahlprogramm 2011 besprochen werden können. Dafür sind 2,5 Stunden wenig Zeit, so dass eine straffe Strukturierung der AG erforderlich war – und eine disziplinierte, zielorientierte und konzentrierte Diskussion, die es dankenswerterweise über die ganze Zeit gegeben hat. Hierfür gebührt den Teilnehmern der AG große Anerkennung. Gemeinsam wurden mithilfe der zuvor verteilten Stichwortkärtchen die zwei Bereiche benannt. Die meisten Stichworte gab es zu den Bereichen Bildungsgerechtigkeit,

Arbeit/Arbeitslosigkeit, soziale Vereine vor Ort; außerdem einige eher abstrakte Stichworte wie „Spaltung der Stadt verhindern“ oder „Ressourcen von öffentlichen Mitteln unabhängig machen“. Auf das Thema Bildungsgerechtigkeit haben wir verzichtet, da es ohnehin eine gemeinsame Weiterarbeit mit der bildungspolitischen Arbeitsgruppe geben wird. Der Themenbereich Arbeit/ Arbeitslosigkeit/ Armut/ Integration wurde als

erstes vertieft. Als zweiter Bereich wurde danach eine Kombination aus dem recht abstrakten Themen Ressourcen („Wie kommt Lichtenberg an die erforderlichen Ressourcen für soziale Arbeit?“) und Vereinsarbeit vor Ort diskutiert.

Unter dem Motto „Gerechtigkeit vor Ort“ stand eine Neubewertung der altbekannten Frage im Mittelpunkt, wie wir besser in einen Dialog mit den Vereinen und anderen Akteuren treten können, die wir leider viel zu häufig als Vorfeldorganisationen der Linkspartei ignorieren. Die dabei entwickelten Ideen werden als Anträge in den Kreisvorstand eingebracht. Kern der Anträge ist die Benennung von Ansprechpartnern aus der SPD sowie eine verstärkte Teilnahme der Mandats- und Funktionsträger an jenen bezirklichen Beteiligungsgremien, wo finanzielle Mittel verteilt werden (Stichwort: Bürgerhaushalt), die wir haushaltspolitisch schließlich auch nicht ablehnen. Wir sollten uns also künftig nicht nur um die abstrakte Struktur des Haushalts kümmern, sondern auch ein wenig mehr darauf achten, wie und wofür die Mittel in den Quartieren durch die Bürgerjury ausgegeben werden. Im Idealfall gelingt es uns, kleine sozialdemokratische Projekte mit einer entsprechenden Öffentlichkeitswirkung zu etablieren. Das ist unsere Version für das, was unsere Generalsekretärin Andrea Nahles mit der Partei der Kümmerer meint: „Wir haben mit den Leuten wie die Oberlehrer geredet. Das muss aufhören.“ (zitiert lt. Tagesspiegel vom 1.11.2009) Das heißt in Lichtenberg, wir müssen uns endlich alle (!) miteinander trauen, in die Gremien zu gehen, welche im Bezirk für das Kümmern zuständig sind, statt darauf zu schimpfen, dass die Linkspartei angeblich oder tatsächlich dies tut, was anderswo sozialde-

mokratische Kommunalpolitik ist. Für den erstgenannten Themenbereich haben wir die Idee entwickelt, dass wir inhaltlich dieses Thema unter verschiedenen Blickwinkeln durchdeklinieren wollen, also anhand eines „Großthemas“ wie dem demografischen Wandel oder der barrierefreien Stadt gemeinsam zu überlegen, wie das vor Ort mit kleinen, konkreten Projekten unterlegt werden kann. Denn es muss klar sein, dass wir nicht alles das, was wir als ungerecht empfinden – auch bei Weiterentwicklung unserer Bundespolitik! – ändern können. Vieles ist aber vor Ort änderbar und viele Genossen berichten, wie sie vor Ort z.B. im Fennpfuhl oder in Neuhohehusen gerade Schritt für Schritt erleben, wie sie im Dialog mit den Bürgern vor Ort Vertrauen als Sozialdemokraten zurückgewinnen. Auch die langjährige Erfahrung mit der Arbeit in der Kiezspinne ist in diesem Kontext wertvoll für den Wiederaufbau unserer Partei. Wenn wir uns auf die Position zurückziehen, dass wir ohnehin am Bundestrend nichts ändern können und zugleich auch quasi vorsorglich parteiintern einräumen, dass wir auch die Bundespolitik der SPD nicht ändern werden, dann geben wir uns und die Hälfte der Wähler, die uns noch geblieben ist, von vornherein verloren. Wichtig für den Erfolg 2011 bzw. 2013 neben der Bundespolitik ist, dass die SPD vor Ort als eine Partei wahrgenommen wird, die nicht nur abstrakt in den Medien stattfindet. Beides hilft uns bei dem Weg, die verlorene Hälfte zurückzugewinnen: Achten wir als Lichtenberger SPD darauf, dass die Landes- und Bundesebene ihren Teil tut – aber achten wir auch darauf, unseren Teil vor Ort zu tun.

Arvid Krüger

## Wuchern wir richtig mit den Pfründen?

Die dritte Arbeitsgruppe hatte sich das Thema „Arbeit für Lichtenberg“ gestellt. Geleitet durch Christian Kind ging es hier vor allem um die Wirtschaft- und Ansiedlungspolitik, um Image, Stadtentwicklung, Verkehr/Mobilität, Nahversorgung, Nachhaltigkeit/ Umwelt und regenerative Energien. Das breite Spektrum dieser Themen war keinesfalls in einem halben Tag zu bewältigen. Und so ging es zu Beginn auch erst einmal um das Image unseres Bezirks. Kinder- und familienfreundlicher Bezirk was steckt dahinter? In Lichtenberg wird gewohnt und gearbeitet, es gibt das Etside Gewerbeband, Berlin größtes zusammenhängendes Gewerbegebiet gemeinsam mit Marzahn/ Hellersdorf.

Lichtenberg soll Modellbezirk regenerierbarer Energien werden. Wuchern wir richtig mit diesen Pfründen? Wie stellen wir uns in der Öffentlichkeit da?

David meinte dazu, dass man nicht den Bezirk als Ganzes, sondern die Vorteile einzelner Stadtteile hervorheben solle. Andreas hielt dagegen, dass man durchaus versuchen solle, den Bezirk als Ganzes, bei gleichzeitigem Aufzählen seiner Verschiedenartigkeit zu sehen. Rainer ging vor allem auf den Modellbezirk Energie ein.

Wolfgang machte in der Diskussion deutlich, dass es ein Glück sei, dass wir in Lichtenberg sowohl Altbauten als auch die Platte hätten. Zum Thema Nahversorgung war Ausgangspunkt der Diskussion, dass sich bei uns seit 1990 die Verkaufsflächen mehr als verdoppelt hätten. Von den gegenwärtig vorhandenen 240 000 Quadratmetern stehen schon jetzt 30 000 Quadratmeter leer, machte Andreas deutlich. 42 Prozent des Einzelhandelsumsatzes fällt zur Zeit an die Discounter. Deutlich wurde in der Diskussion: Wir haben genügend Gewerbefläche zu moderaten Preisen, aber es fehlt uns am Image, um noch mehr Gewerbetreibende anzulocken.

Im Bereich Stadtentwicklung sprachen die Teilnehmer darüber, wie man die vorhandenen Einkaufsstraßen beleben könne, um sie vor dem weiteren Veröden zu bewahren. Natürlich wurde auch das leidige Thema Parken diskutiert. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Entwicklung von altersgerechten Wohnraum in Lichtenberg auf Grund der demographischen Entwicklung. Der weitere Bau von Mehrgenerationenhäuser wurde dabei als besonders Förderungswürdig angesehen. Mehrere Diskussionsredner machten deutlich,

dass es in der nächsten Zeit vor allem darum gehe, Probleme zu lösen und Visionen aufzuzeigen, die auch machbar sind. Dazu gehören die weitere Gestaltung des ehemaligen Kaufhauses am Anton-Saefkow Platz, die Entwicklung des Prerower Platzes, die weitere Gestaltung des Storchhofes, nach dem Kaufland jetzt den Bauantrag zurückgezogen hat, die Lösung der Verkehrsproblematik unter Einbeziehung des Weiterbaus der A 100 und der Planung der TVO, sowie die Entwicklung von Ideen zur künftigen Nutzung von Brachflächen.

Natürlich konnte in der Kürze der Zeit alles nur andiskutiert werden. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe waren sich deshalb darin einig, dass die Klausurtagung nur der Beginn war. Man wird sich deshalb sowohl im Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt als auch im Arbeitskreis Stadtentwicklung regelmäßig treffen um weiter zu diskutieren und damit wichtige Bausteine für unser Kommunales Wahlprogramm 2011 zu schaffen. Am 19. November traf man sich deshalb im Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt und am 3. Dezember wird man im Arbeitskreis Stadtentwicklung zusammen sitzen.

Peter Müller

## Rad ab?

Lichtenberg ist ein Radfahrmusterbezirk. Seit Januar 2006 wurden 21,9 km Radwege oder Radfahrstreifen im Straßenland erneuert oder neu angelegt. Zusätzlich wurden 30 km in Grünanlagen für rücksichtsvolles Radfahren freigegeben. Der Bezirk gab für bauliche Maßnahmen seit 2006 etwa 3,8 Mio. Euro aus. 2007 wurde beispielsweise auf 2,1 km Länge ein Fahrradstreifen auf der Konrad-Wolf-Straße angelegt, Kostenpunkt 315.000 Euro. Die Einbecker Straße erhielt beidseitig Radwege auf 1,8 km Länge für 270.000 Euro. Insgesamt 29 Maßnahmen, davon Asphaltierungen von vorher wegen des Straßenbelages nicht befahrbaren Nebenstraßen, der Neubau von Radwegen oder das Anlegen von Radfahrstreifen auf bestehenden Fahrbahnen. Für die Jahre 2009 bis 2011 plant das Bezirksamt 15 Kilo-

meter neue Radwege, deren Finanzierung durch das Radwegeprogramm der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sichergestellt ist. So soll der bestehende Fahrradstreifen in der Konrad-Wolf-Straße vom Weißenseer Weg bis zur Suermondstraße verlängert werden oder die Straße am Tierpark ab Mitte 2010 auf fast 3 km Länge Radwege und Radfahrstreifen erhalten. Das sind ehrgeizige Ziele, die gut für die Mobilität der Menschen sind. Zur notwendigen Infrastruktur gehören aber auch ausreichend Fahrradabstellmöglichkeiten vor Supermärkten, Ämtern und Bahnhöfen oder Fahrradampeln, die Sicherheit bringen sollen. Auch hier nimmt der Bezirk seine Verantwortung wahr.

Das Land Berlin setzt auf moderne Verkehrsstrategien. Radfahren ist eine davon und der Radverkehr wird

zukünftig in seiner Bedeutung noch mehr zunehmen. Das sagt zumindest eine im Auftrag der Bundesländer Berlin und Brandenburg durchgeführte Studie. Demnach steigt der Anteil des Radverkehrs von 2006 bis 2025 im städtischen Gesamtaufkommen von 11 auf 16 %, während sich der Anteil des automobilen Verkehrs von 35 auf 31 % reduzieren wird. Sozialdemokratische Stadtentwicklung wird sich den Herausforderungen dieser Entwicklung stellen und diese als Chance für moderne Mobilität begreifen. Wir tun Gutes im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Ole Kreins

## Neue Schulen für das Land - Zur Umsetzung der Sekundarschule in Lichtenberg

Kaum ein Wort löst bei Menschen regelmäßig gleichermaßen Skepsis und Unbehagen aus, wie das Wörtchen „Reform“. Reformen bringen Gewohntes durcheinander. Sie zwingen zum Abschied von Vertrautem, Berechenbarem und zur Auseinandersetzung mit Neuem, noch Unbekanntem. Nicht in jedem Fall wird der Tausch des Alten mit dem Neuen rückblickend als sinnvoll und lohnend bewertet. Reformen sind auch kein Allheilmittel gegen jedes gesellschaftliche Problem. Sie verändern zunächst nur die Struktur. Dennoch wissen wir, Reformen sind notwendig, manchmal auch dringend notwendig.

Im Bereich der weiterführenden Schulen hat der Berliner Senat nun angesichts eines Schattendaseins der Hauptschule und vielfältig diagnostizierter Chancenungleichheiten im Bildungssystem eine Reform auf den Weg gebracht (Beschluss durch das Abgeordnetenhaus voraussichtlich im Januar 2010), von der der zuständige sozialdemokratische Senator Zöllner sagt, sie sei der größte Umbruch im Berliner Schulsystem seit der Wiedervereinigung. Haupt-, Real- und Gesamtschulen werden in eine einheitliche weiterführende Schulform, die „Integrierte Sekundarschule“ umgewandelt. Wichtige Ziele sind die Schaffung eines prinzipiell gleichwertigen Schulabschlusses in der Oberstufe, die soziale Durchmi-

schung der Schülerschaft, die Schaffung eines Rahmens für langfristiges gemeinsames Lernen trotz unterschiedlichen Leistungsvermögens und gleichzeitig die individuelle Förderung im Binnenverhältnis der Klassen. Die Sekundarschulen sind durchgängig als Ganztagschulen konzipiert. Zentrales Merkmal aller Sekundarschulen soll die enge Verknüpfung von schulischem und außerschulischem berufsweltbezogenen Lernen sein.

Damit die Sekundarschule für die Eltern eine echte Alternative zum Gymnasium darstellt, ist es Verpflichtung sozialdemokratischer Bildungspolitik, insbesondere die Parameter Klassenfrequenz und Stundentafel, aber auch Ausstattung und notwendige sozialpädagogische Unterstützungssysteme so attraktiv und umfassend wie möglich zu gestalten. Wesentlich in diesem Zusammenhang auch in Zukunft ist die erkennbare Betonung naturwissenschaftlicher Fächer, die bisher nicht ausreichend gegeben ist. Bereits jetzt ist absehbar, dass hier weiterer Verbesserungsbedarf besteht.

In Lichtenberg habe ich zur Umsetzung der Sekundarschule eine Arbeitsgruppe mit allen schulischen und bezirklichen Gremien einberufen, meine konkreten Vorschläge unterbreitet und diskutiert. Danach sind zum Schuljahr 2010/11 acht Sekundarschulen in Lichtenberg geplant. Drei von ihnen werden eine gymnasiale

Oberstufe anbieten, die das Abitur nach 13 Jahren ermöglicht. Es soll folgende Standorte geben: Masowener Straße (Alexander-Puschkin-Schule), Prenderer Straße (Fritz-Reuter-Schule), Rathausstraße (Schule am Rathaus), Sandinostraße (Gutenberg-Schule), Schulze-Boysen-Straße (Mildred-Harnack-Schule) sowie die Sewanstraße (George-Orwell-Schule). Vier Schulen werden von einer Zusammenlegung an den Standorten Werneuchener Straße (Paul-Schmidt-Schule und Philipp-Reis-Schule) sowie Wustrower Straße (Keith-Haring-Schule und Vincent-van-Gogh-Schule) betroffen sein. Damit stehen jeweils eine Real- und eine Hauptschule vor der besonderen Herausforderung, zunächst im Rahmen einer Filiallösung und später auch einer räumlichen Zusammenführung inhaltlich zusammen zu wachsen. Die wesentliche Konstante und das besondere Potential mitten im Umbruch sind die betroffenen und handelnden Personen: engagierte Schulleiter/innen und Lehrer/innen, die Eltern und ihre Kinder. Die Politik setzt die Rahmenbedingungen, jedoch nur zusammen mit den betroffenen Menschen und im Wege einer engagierten und guldigen Ausgestaltung derselben kann die Reform gelingen. Gehen wir sie in diesem Sinne gemeinsam an!

Kerstin Beurich

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine besinnliche Adventszeit und alles Gute für das Jahr 2010. Alle sind herzlich zum Neujahrsempfang 2010 am Freitag, 8. Januar 2010 ab 18.30 Uhr im Hotel Kolumbus in der Genslerstraße in Hohenschönhausen eingeladen. Wie in den Vorjahren verleiht die SPD Lichtenberg auch 2010 drei Ehrenamtspreise an engagierte Lichtenberger.

Vorschläge für Preisträger zum Ehrenamtspreis können bis zum 6. Dezember an den Kreisvorstand eingereicht werden.

### Impressum

Holi-Stimme (Mitgliederzeitung)

Herausgeber: SPD Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin

Tel. 9760 6730, Fax 9760 4664

E-Mail [info@spd-lichtenberg.de](mailto:info@spd-lichtenberg.de), Homepage [www.spd-lichtenberg.de/holi-stimme](http://www.spd-lichtenberg.de/holi-stimme)

v.i.S.d.P.: Andreas Geisel (Kreisvorsitzender)

Redaktion: Peter Müller, Gregor Költzsch, Andreas Büchner